



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 12.11.2012

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 30.10.2012, 16:04 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	(bis 17.40 Uhr)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	(ab 17.40 Uhr für RM Noack)
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	(16.12 Uhr - 18.00 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE	(für RM Wolter; bis 18.30 Uhr)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	(bis 17.00 Uhr)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke.
------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag von pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN (16.35 Uhr - 18.00 Uhr)

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
Herr Ingo Schwerdorf	StEB, AöR

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger	Zentrum für selbstbestimmtes Leben
------------------------	------------------------------------

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 29. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt erweitert werden soll:

Zu 1.1 Anfrage zum Tunnel Grenzstraße >

Stellungnahme der Verwaltung als **Tischvorlage**

4.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke, Baulos D; Erneuerung der Fahrbahnübergangskonstruktionen am Pfeiler in Achse 43 und in Achse 10 der angrenzenden Rampe
2954/2012

4.10 Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015, Teilplan Straße
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben für das Kölner Stadtgebiet
3829/2012

6.2 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 17.09.2012 "Optimierung von Nachhaltigkeit im ÖPNV bei der KVB" AN/1585/2012
3725/2012
Tischvorlage

7.3 Brücken- und Tunnelsanierung in Köln
3618/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

13.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Planung und die Errichtung von Rollrauschürzen und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3564/2012
Tischvorlage

Zurückgezogen werden die Vorlagen

- 5.4 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2840/2012

da die BV Mülheim uneingeschränkt zugestimmt hat und somit auf einen 2. Durchgang verzichtet werden kann

und

- 5.10 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012
II. Durchgang

Zu TOP

- 5.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
3241/2012
sei Hr. Schwerdorf von den StEB anwesend, er schlage daher vor, diesen TOP vorzuziehen.

TOP

- 4.10 Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015, Teilplan Straße
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben für das Kölner Stadtgebiet
3829/2012
möchte Herr Waddey heute nicht behandeln; diese Vorlage sei zu kurzfristig eingegangen. Zudem seien die Vorschläge auch bereits gemeldet worden.

Der Ausschuss ist mit diesen Änderungen und Vorschlägen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.10.2012 betr.
Sanierung des Tunnels Grenzstraße
AN/1637/2012

Stellungnahme der Verwaltung
3886/2012

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.10.2012 betr.
Modernisierung Kölner DB-Bahnhöfe
AN/1641/2012

1.3 Anfrage des SE Arenz vom 18.10.2012 betr.
Gefährlicher Überweg (Z-Führung) der KVB Linie 7 in Poll
AN/1660/2012

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2012 betr.
Informationscodes für Baustellen in Köln
AN/1639/2012

2.2 Antrag des SE Arenz vom 18.10.2012 auf Einsicht in die Verträge der Nord-Süd-Stadtbahn
AN/1659/2012

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Eingabe für die Erweiterung der Buslinie 148 (neu: 127) (Az.: 02-1600-59/09)
1345/2012

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt
4845/2010

4.2 Verkehrliche Maßnahmen in der Bergisch Gladbacher Straße im Bereich der Anschlussstelle Dellbrück
3686/2011

4.3 Straßenunterhaltungsmaßnahme Gilbachstraße - Optimierung Straßenquerschnitt
1671/2012

4.4 Änderung der Ortsdurchfahrtsgrenze K22 an der Lülsdorfer Straße/Loorweg, Porz-Langel
1748/2012

- 4.5 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Abriss und Neubau der Brücke Ginsterberg in Köln Weidenpesch
2910/2012
- 4.6 Lkw-Führungskonzept 2012
1460/2012
- 4.7 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn - Bedarfsfeststellungsbeschluss für die externe Vergabe der Objektplanung der P+R-Palette
3200/2012
- 4.8 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Generalinstandsetzung von Straßen
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605
Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Bau-
maßnahmen
3489/2012
- 4.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke, Baulos D; Erneuerung der Fahrbahnübergangskonstruktionen am Pfeiler in Achse 43 und in Achse 10 der angrenzenden Rampe
2954/2012
- 4.10 Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015, Teilplan Straße
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben für das Kölner Stadtgebiet
3829/2012
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Park-
gebührenordnung)
1306/2012
- 5.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Stadtbahnhaltestelle
Friesenplatz, hier: Planungsbeschluss zur Nachrüstung von Aufzügen sowie
Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei
Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Auf.
2303/2012
- 5.3 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Planungsbeschluss
für die Bahnsteiganhebung an der Haltestelle Venloer Straße / Gürtel, sowie
Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei
Finanzstelle 6903-1202-2-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel - B.anhebung
2575/2012

- 5.4 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2840/2012
zurückgezogen
- 5.5 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1905/2012
- 5.6 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffungsbedarf zur Lieferung von Ersatzteilen für Parkscheinautomaten
2951/2012
- 5.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln
3357/2012
- 5.8 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012
- 5.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
3241/2012
- 5.10 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012
zurückgezogen
- 5.11 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605
Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3490/2012
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Radverkehrsführung in Baustellenbereichen
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.09.2012, TOP 8.4
3698/2012

- 6.2 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 17.09.2012 "Optimierung von Nachhaltigkeit im ÖPNV bei der KVB" AN/1585/2012
3725/2012

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Heinrich-Böll-Platz; Kunstwerk Ma'alot
3540/2012

- 7.2 Verkehrssicherheitsaktionen zum Schuljahresbeginn 2012/2013
3638/2012

- 7.3 Brücken- und Tunnelsanierung in Köln
3618/2012

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Studentisches Wohnen in den rrh. Stadtteilen
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.2 Radschnellweg in Köln
Anfrage des RM Tull
- 8.3 Neue Lichtsignalanlagen auf der Subbelrather Straße
Anfrage des RM Tull
- 8.4 Brücke über den Decksteiner Weiher
Anfrage des SE Schmitz
- 8.5 Berliner Straße/Im Weidenbruck
Anfrage des SE Czernik
- 8.6 Berliner Straße - Linksabbieger in die Cottbuser Straße
Anfrage des SE Czernik
- 8.7 Linksabbiegeschleife Subbelrather Straße Richtung Liebigstraße
Anfrage des SE Preckel
- 8.8 Umgehungsstraße Meschenich
Anfrage des RM Möring
- 8.9 Abpollerungen unter AB-Brücke Rodenkirchen
Anfrage des SB Möller
- 8.10 Plattenschäden am Quatermarkt
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.11 Erinnerung des RM Kirchmeyer
P+R-Anlage Weiden
- 8.12 Auswirkungen der Haushaltssperre
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 12.1 Planung und Errichtung von Parkraum durch 66- Amt für Straßen und Verkehrstechnik
1020/2012

Stellungnahme der Verwaltung
1009/2012

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 13.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe; Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Planung und die Errichtung von Rollrauchschränken und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3564/2012

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Mündliche Anfragen

- 16.1 Brücke Aachener Weiher
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.10.2012 betr.
Sanierung des Tunnels Grenzstraße
AN/1637/2012**

Stellungnahme der Verwaltung 3886/2012

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.10.2012 betr.
Modernisierung Kölner DB-Bahnhöfe
AN/1641/2012**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

- 1.3 Anfrage des SE Arenz vom 18.10.2012 betr.
Gefährlicher Überweg (Z-Führung) der KVB Linie 7 in Poll
AN/1660/2012**

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, räumt ein, dass der Überweg in Poll in der Tat relativ schmal sei und auch keine taktilen Leitelemente vorweisen könne. Dies sei jedoch an vielen Stellen der Fall. Mit der Überarbeitung der Strecken werden die Überwege jedoch sukzessive den neuesten Anforderungen angepasst. Der in Rede stehende Überweg werde jedoch definitiv nicht so ausgestaltet, dass man künftig mit dem Fahrrad und einem Anhänger zügig queren könne; es handele sich hier um einen nicht ungefährlichen Bereich, da die Sichtverhältnisse sehr begrenzt seien. Zur Vermeidung von Unfällen müssen Radfahrer hier absteigen.

SE Arenz regt an, bei einer etwaigen Umgestaltung alternativ über die Errichtung einer Ampelanlage nachzudenken.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2012 betr.
Informationscodes für Baustellen in Köln
AN/1639/2012**

RM Kirchmeyer nimmt kurz Stellung zum Antrag.

RM dos Santos Herrmann möchte sich seitens der SPD-Fraktion dem Prüfauftrag nicht verschließen. Dennoch halte sie diese Maßnahme nicht für geeignet, das eigentliche Problem – die Einrichtung eines gut funktionierenden Baustellenmanagements – zu lösen.

Für die CDU-Fraktion merkt RM Möring an, dass sicherlich die Baustellen, die schon mit einem Baustellenschild versehen seien, für diese Maßnahme in Betracht kämen. Eine Vernetzung mit dem bereits existierenden Staukalender halte er für eine sinnvolle und auch preisgünstige Lösung.

RM Tull hält eine umfassende, transparente und vor allem öffentliche Datenbank, in der auch private Baustellenbetreiber Maßnahmen einpflegen können, für erstrebenswert. Sie bitte die Verwaltung, ihre Anregung im Rahmen des Prüfauftrages mit zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Installation von QR- oder vergleichbarer Codes an Baustellen in Köln zur besseren Information über Baumaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürgern machbar ist, wie private Bauträger in das Projekt integriert werden können, welche Kosten dadurch entstehen und welche Finanzierungsmöglichkeiten existieren. Dem Verkehrsausschuss sollen entsprechende Vorschläge zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

2.2 Antrag des SE Arenz vom 18.10.2012 auf Einsicht in die Verträge der Nord-Süd-Stadtbahn AN/1659/2012

SE Arenz begründet seinen eingereichten Antrag und sichert für den Fall eines positiven Votums einen vertraulichen Umgang mit den Verträgen zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, Herrn Peter Arenz, beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss, Akteneinsicht in folgende Vertragswerke zu gewähren:

Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag Baustufe I	ausgefertigt 2002
Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag Baustufe II	ausgefertigt 2005

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Eingabe für die Erweiterung der Buslinie 148 (neu: 127) (Az.: 02-1600-59/09) 1345/2012

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, erläutert die neue Stellungnahme der Verwaltung sowie den geänderten Beschlussvorschlag.

RM dos Santos Herrmann merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass diese – angesichts der Tatsache, dass die Verwaltung eine Anbindung über eine Buslinie weiter verfolgen werde – dem zustimmen könne. Ein Anruf-Sammel-Taxi (AST) sei ein erster Schritt zur besseren Anbindung; gleichwohl sei sie skeptisch, ob dieses angenommen werde und hoffe dementsprechend auf eine weitergehende Lösung zu gegebener Zeit.

Auch RM Möring erachtet für die CDU-Fraktion den vorliegenden Beschlussvorschlag als sinnvollen Einstieg. Bedenken hege er jedoch, ob ein Anrufsammeltaxi auch von Mobilitätseingeschränkten genutzt werden könne.

RM Tull weist darauf hin, dass aus der Frequentierung des AST keine Schlussfolgerungen gezogen werden sollten. Ihrer Fraktion gehe es darum, dass der Lentpark grundsätzlich an den ÖPNV angebunden werde. Heute sei dies nur mit größeren, nicht zumutbaren Fußmärschen möglich. Sie appelliere an die Verwaltung, die Innere Kanalstraße und auch den Parkplatz einer erneuten Betrachtung zu unterziehen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, legt dar, dass als AST in der Tat normale Taxen eingesetzt werden und insofern Behinderte mit größeren Rollstühlen oder E-Scootern nicht mitgenommen werden können. Mit diesen Fahrzeugen können allerdings größere Strecken, beispielsweise zur Haltestelle Ebertplatz, zurückgelegt werden.

RM van Geffen unterstreicht die Ausführungen von Frau dos Santos Herrmann und betont, dass an einer regulären Busanbindung festgehalten werde. Er bitte, neben der Verlängerung der Buslinie 127 auch eine direkte Verbindung mit Nippes zu prüfen; nach seinen Informationen läge der Verwaltung hierfür ein augenscheinlich realisierbarer Vorschlag vor.

SE Fahlenbock gibt zu Bedenken, dass es in „normalen“ Taxen keinerlei Befestigungsmöglichkeiten für Rollstühle gebe und es somit auch für Menschen mit kleinen Rollstühlen nicht unproblematisch sei, diese zu nutzen.

SE Steinmann hingegen legt dar, dass sie als Betroffene diese Bedenken nicht in Gänze teilen könne und grundsätzlich positive Erfahrungen gemacht habe.

Vorsitzender Waddey merkt abschließend an, dass auch geprüft werden sollte, ob bei einem regulären Linienbusangebot ein Teil der Schüleronderfahrten entfallen könne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Einrichtung eines Anruf-Sammel-Taxi-Verkehrs (AST) aus Nippes (Neusser Str./Gürtel bis Cranachstraße) sowie von den Haltestellen Ebertplatz und Reichenspergerplatz zum Lentpark. Die Verwaltung wird gebeten, die Voraussetzungen für ein solches Angebot in Zusammenarbeit mit der KVB AG zu schaffen und den AST zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzurichten.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus dem neuen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt anhand eines Videos ausführlich die Verkehrssimulation vor.

RM dos Santos Herrmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese Simulation äußerst hilfreich gewesen sei. Sie zeige, dass der Wille, hier ein Stück Stadtraum zurück zu gewinnen, nicht zu teuer bezahlt werde. Der Verkehrsfluss sei zu den wesentlichen Zeiten geordnet und erträglich, in den Spitzenzeiten und bei Veranstaltungen hingegen könne es ggf. zu Problemen kommen. Jedoch halte sie die geschilderten Beeinträchtigungen – auch angesichts der Tatsache, dass eine teilweise Verlagerung auf die Rheinuferstraße stattfinden werde - für noch vertretbar. Wenn die Verwaltung bestätige, dass die Rheinuferstraße den zusätzlichen Verkehr aufnehmen könne, könne ihre Fraktion der vorliegenden, sehr guten Planung zustimmen.

RM Möring erinnert seitens der CDU-Fraktion an die Diskussionen der vergangenen Sitzung und den Hinweis auf gefährliche Situationen beim Spurenwechsel von der Rampenabfahrt auf den Linksabbieger in die Glockengasse. Die von ihm dort beobachteten Fahrzeugmengen finde er nicht in der präsentierten Simulation wieder. Zudem enthielten die Planungen und auch die aktuellen Ergänzungen der Verwaltung aus seiner Sicht zu viel Variablen, so dass er große Zweifel an der Belastbarkeit der vorliegenden Daten hege. Beispielsweise verursachen ein signalisierter Rechtsabbieger aus der Glockengasse und ein signalisierter Linksabbieger von der Tunisstraße in die Glockengasse Sperrzeiten und erhebliche Behinderungen des Geradeausverkehrs von Norden nach Süden. Auch eine zweite Fußgängerquerung südlich dieser Kreuzung werde diesen Verkehrsfluss deutlich verschlechtern.

Bedenken habe er auch hinsichtlich der optimistischen Annahme, dass sich Verkehrsverlagerungen ergeben werden. Die von der Verwaltung in diesem Zusammenhang benannten Rheinuferstraße, Innere Kanalstraße und auch die Ringe seien insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten erheblich belastet bzw. sogar dicht.

Zusammenfassend teilt Herr Möring mit, dass die Vorlage einige Einzelmaßnahmen beinhalte, die seine Fraktion zwar positiv beurteile. Dennoch werde sie die Gesamtplanung ablehnen, da sie in Gänze gesehen zu radikal und zu weitreichend sei.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht RM Tull deutlich, dass derartige Maßnahmen für den normalen Alltag und nicht für Verkehrsspitzen geplant werden. Dies müssen nach ihrer Auffassung Autofahrer, die in einer Großstadt leben, akzeptieren. Sie bedauere die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion; ihre Fraktion hingegen begrüße die vorliegende Verwaltungsvorlage sehr. Die Tunisstraße sei zwar immer noch keine urbane Stadtstraße, sondern vielmehr eine kleine Autobahn mitten durch die Stadt. Die beabsichtigten Maßnahmen würden jedoch dazu beitragen, dass sie verträglicher auch für Fußgänger und Radfahrer werde.

RM Kirchmeyer zeigt sich seitens der FDP-Fraktion auch nicht von der Verkehrssimulation überzeugt, gleichwohl sie wichtig für die endgültige Entscheidungsfindung gewesen sei. Beispielsweise könne der Linksabbieger in die Glockengasse nach ihrer

Beobachtung künftig lediglich vier bis fünf Fahrzeuge aufnehmen; dies reiche bei Weitem nicht aus. Man müsse hierzu auch bedenken, dass zwischenzeitlich der Media Markt dort eröffnet habe und sehr viel Pkw-Verkehr anziehe.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Ausschussvorsitzender Waddey den Beschlussvorschlag gemäß Anlage 13, Variante A, zur Abstimmung.

Beschluss gem. Anlage 13:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zur Verbreiterung der Nebenanlagen in der Tunisstraße im Abschnitt von Streitzeuggasse bis Breite Straße die Planung gemäß der Machbarkeitsstudie der Variante A (Anlage 13.1) zu erstellen und die erforderlichen Mittel im Haushalt einzuplanen. Die Ausführungsplanung ist zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Neue Langgasse wird zur Einbahnstraße in Süd-Nord-Richtung geändert, um die ausfließende Verkehrsmenge von der Glockengasse in die Tunisstraße zu reduzieren und die Kreuzung mit der Breite Straße fußgängerfreundlicher zu gestalten.

Entsprechend den Vorschlägen des Städtebaulichen Masterplans wird die Baumallee in der Mitte der Tunisstraße erhalten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

4.2 Verkehrliche Maßnahmen in der Bergisch Gladbacher Straße im Bereich der Anschlussstelle Dellbrück 3686/2011

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Mülheim):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung für die kurzfristigen Maßnahmen in der Bergisch Gladbacher Straße die Planungen für nachfolgend aufgeführte Bereiche zu erstellen:

1. Abschnitt Bergisch Gladbacher Straße zwischen dem Anschluss BAB 3 Köln-Dellbrück und der östlichen Anbindung Steyler Straße:

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen werden nicht durchgeführt. Die Verwaltung wird gebeten, im Laufe des Jahres 2014 die Statistik über die Unfallhäufigkeit in den Jahren 2012 und 2013 vorzulegen.

2. Abschnitt Bergisch Gladbacher Straße zwischen der Ringenstraße und Buschfeldstraße:

Es werden ausschließlich Maßnahmen zur Beschleunigung des Busverkehrs (Nord-Süd-Achse) vorgenommen: Verlegung des Fußgängerüberwegs östlich der Johann-Bensbergstr. nach Westen, Verlängerung von Aufstellflächen auf der Berg. Gladbacher Str., Veränderung der Signalisierung. Der Fußgängerüberweg östlich der Buschfeldstr. bleibt unverändert.

3. Abschnitt Bergisch Gladbacher Straße zwischen östlichen Steyler Straße bis östlich der Einmündung Buschfeldstraße :

Die Veränderung der Verkehrsführung von einer auf zwei Richtungsfahrbahnen wird abgelehnt. Die Verkehrsführung bleibt unverändert.

4. Knotenpunkt Honschaftsstraße/Piccoloministraße:

Die Prüfung eines provisorischen Kreisels ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.3 Straßenunterhaltungsmaßnahme Gilbachstraße - Optimierung Straßenquerschnitt
1671/2012**

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Innenstadt):

Der Verkehrsausschuss stimmt der Optimierung des Straßenquerschnitts zu und stellt den Mehrbedarf für die Straßenunterhaltungsmaßnahme Gilbachstraße fest. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren durchzuführen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf eine Wiedervorlage im Rahmen der Mittelfreigabe und des Vergabeverfahrens.

In der Planung sind Stellplätze für Fahrräder zu berücksichtigen.

Um den Sichtbereich im Querungsbereich der Schule nicht zu behindern, sollten dort keine Parkplätze eingerichtet werden. Es ist zu prüfen, wie die Sicherheit der Schüler bei der Straßenquerung gewährleistet werden kann, beispielsweise durch „Querungsnasen“.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Änderung der Ortsdurchfahrtsgrenze K22 an der Lülsdorfer Straße/Loorweg, Porz-Langel
1748/2012**

RM Tull verweist auf den abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Porz und beantragt daher seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Vorlage in den Stadtentwicklungsausschuss (StEA) zu verweisen. Ihre Fraktion habe trotz mehrfacher Nachfrage bei der Fachverwaltung bisher keine abschließende Stellungnahme hinsichtlich der Bedenken der BV Porz erhalten. Sie rege an, die Problematik dort zu beraten und heute unter Vorbehalt zu beschließen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass eine Verschiebung der Grenzen grundsätzlich keine neue Bebaubarkeit ermögliche; gegen eine Verweisung in den StEA zur abschließenden Klärung habe er jedoch keine Bedenken.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung die Ortsdurchfahrtsgrenze an die Stelle der Ortstafeln in Porz-Langel in Höhe Loorweg 27 zu verschieben, um die Voraussetzung für den Neubau eines Gehwegs vom Haus Loorweg 27 bis zur Einmündung der Straße Unterm Berg, im Rahmen der Schulwegsicherung, zu schaffen.

Die Vorlage wird darüber hinaus in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen. Der heutige Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in der dortigen Sitzung die Bedenken der BV Porz

„Durch die Verschiebung der Ortsdurchfahrtsgrenze darf der Außenbereich von Langel nicht verschoben werden. Die Verwaltung muss Wege finden, zusätzliche Bebauung in dem Bereich auch zukünftig auszuschließen und auch rechtlich unantastbar zu machen nach Baugesetzbuch und den entsprechenden Verwaltungsrichtlinien für Ortsdurchfahrten. Die Grenzen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile bleiben in ihrer bisherigen Form bestehen und liegen weiterhin an den Straßen Rheinbergstraße und An der Mühle.“

ausgeräumt werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.5 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Abriss und Neubau der Brücke Ginsterberg in Köln Weidenpesch 2910/2012

SE Vietzke bedankt sich für die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung und plädiert für die Planungsalternative, eine gebundene Decke, mit Mehrkosten i.H.v. 700 €. Aus seiner Sicht handele es sich allerdings um den nördlichen Bereich, der in die Grünanlage führe, und nicht wie in der Stellungnahme ausgeführt um den westlichen Bereich.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, nimmt Bezug auf den abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Nippes und weist darauf hin, dass diesem bereits Rechnung getragen und die Planungen mit der Gebäudewirtschaft abgestimmt wurden.

Geänderter Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Verwaltung mit dem Neubau der „Ginsterbergbrücke“ in Köln-Weidenpesch mit städtischen Gesamtkosten von 179.200,00 EURO.

Hierbei soll für die Rampe zur westlichen Zuführung zur neuen Brücke eine gebundene Deckschicht (Tragdeckschicht mit hydraulischem Bindemittel) eingesetzt werden.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 150.000,00 EURO bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -; Hj. 2012.

Zur Finanzierung der restlichen benötigten Mittel in Höhe von 29.200,00 EURO beschließt der Finanzausschuss die Bereitstellung und Freigabe im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan, in gleicher Teilplanzeile, bei Finanzstelle 6901-1202-4-0210; - Brücke Weinsbergstr., Hj. 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.6 Lkw-Führungskonzept 2012 1460/2012

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Vorlage sehr umfangreich und beratungsintensiv sei; insofern sei ein 2. Durchgang bereits am 04.12. unwahrscheinlich. Es sollte allen Gremien ausreichend Zeit zur Beratung gegeben werden.

RM Kirchmeyer regt an, auch den Wirtschaftsausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Seitens der CDU-Fraktion merkt RM Möring an, dass er mit einigen Ausführungen in der Vorlage nicht zu Recht komme. So interessieren ihn die Definition und die Zählweise der Verwaltung für den Ziel- und Quellverkehr; er halte das vorliegende Raster für zu grob. Streng genommen müssten hier konkrete Verkehrszählungen vorgenommen werden, die insbesondere für die Frage, welche Qualität die Rheinuferstraße in ihrem nördlichen Teil erhalten soll, von Interesse seien. Auch wurde eine ganze Reihe von Straßen benannt, die künftig keine Lkw-Routen mehr sein sollen: Die in der Vorlage aufgeführte Route Wesseling Straße - Sürther Hauptstraße – Falderstraße – Unter Buschweg beispielsweise sei nach seiner Kenntnis keine Lkw-Route sondern habe vielmehr lediglich den Verkehr zur Firma Linde geführt. Auch der Kiesgrubenweg in Godorf müsse weiter für den Lkw-Verkehr befahrbar bleiben, da er zum Einen die Zuführung zur Autobahnanschlussstelle Rodenkirchen und zum Anderen in der Verlängerung die Zufahrt zur Kiesgrube sei. Er sei daher der Auffassung, dass für eine Beratung und Entscheidungsfindung belastbarere Daten als die Vorliegenden erforderlich seien.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass die Definition von Durchgangsverkehr in der Tat sehr unterschiedlich ausfallen könne. Er führt aus, dass die Verwaltung im Wesentlichen aufgegriffen habe, wo heute welche Mengen an Lkw-Verkehr zu beobachten seien, wo starke Lärm- und hohe Luftschadstoffbelastungen vorhanden seien und welches Netz gebraucht werde, um Gewerbe und Industrie andienen zu können.

Herr Harzendorf macht bereits jetzt darauf aufmerksam, dass die Verwaltung vor dem abschließenden 2. Beratungsgang im hiesigen Ausschuss eine große Informationsveranstaltung durchführen werde, in der die Anregungen der anderen Gremien sowie die Überlegungen der Verwaltung weitergehend erläutert und diskutiert werden können.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in alle Bezirksvertretungen sowie den Ausschuss für Umwelt und Grün und den *Wirtschaftsausschuss*.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.7 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn - Bedarfsfeststellungsbeschluss für die externe Vergabe der Objektplanung der P+R-Palette 3200/2012

RM dos Santos Herrmann wirft die Frage auf, welcher Art der vorgeschlagene Wettbewerb sein werde. Einen Architektenwettbewerb lehne die SPD-Fraktion ab; dies halte sie für eine reine P+R-Anlage für überzogen und nicht erforderlich. Sie plädiere für einen eingeschränkten Wettbewerb, aus dem beispielsweise unterschiedliche Entwürfe hervorgehen und der sich sowohl finanziell als auch zeitlich in einem überschaubaren, vertretbaren Rahmen halte.

RM Möring erinnert daran, dass die CDU-Fraktion den in Rede stehenden Standort seiner Zeit abgelehnt habe. Gleichwohl halte sie nun für die Frage des Bauwerks einen Wettbewerb für eine gute Lösung, allerdings auch in einer preisgünstigen Variante.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull ihren Vorrednern im Wesentlichen an. Sie bitte um Mitteilung, ob das Qualifizierungsverfahren von der Verwaltung selber oder beispielsweise von „Modernes Köln“ durchgeführt werden könne.

BG Höing betont nachdrücklich, dass der Verwaltung hier an einer sehr schlanken Lösung gelegen sei. Die genannte Summe sei aus seiner Sicht für diesen sensiblen Bereich, der zudem von einer Vielzahl von Menschen genutzt werde und auch ein Entrée in die Stadt darstelle, durchaus angemessen.

Abschließend regt Ausschussvorsitzender Waddey an, die konkrete Festlegung des Wettbewerbsverfahrens dem nachfolgenden Stadtentwicklungsausschuss zu überlassen. Die endgültige Entscheidung werde dann im 2. Beratungsgang im hiesigen Ausschuss getroffen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.8** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Generalinstandsetzung von Straßen**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3489/2012

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey weisen Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, und Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, darauf hin, dass die entsprechenden KAG-Satzungen bereits beschlossen wurden. Der Inhalt und Bereich der aufgeführten Maßnahmen werde nicht verändert, sondern lediglich der Umfang bzw. der Eingriff in den Straßenkörper - beispielsweise aufgrund von vertiefenden Baugrunduntersuchungen. Diese müssen zeitnah erfolgen und können nicht bereits weit im Vorfeld des Baubeginns durchgeführt werden. Eine erneute Beratung in den betroffenen Bezirksvertretungen sei somit nicht erforderlich.

RM van Geffen und Vorsitzender Waddey schlagen dennoch vor, die Bezirksvertretungen zumindest in Form einer Mitteilung mit Hinweis auf die konkreten KAG-Satzungen zu informieren.

Abschließend regt RM Möring erneut an, in Beschlussvorlagen künftig nicht nur die ersten, geschätzten Kosten sondern auch die eventuelle Spanne aufgrund von Unsicherheiten anzugeben.

Geänderter Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den erhöhten Bedarf für die Generalinstandsetzung der Riehler Straße/An der Schanz, des Vogelsanger Weges, der Wilhelm-Mauser-Straße, der Nagelschmiedgasse und der Hugo-Eckener-Straße fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Verwaltung wird gebeten, die betroffenen Bezirksvertretungen mit dem Hinweis auf die bereits beschlossenen KAG-Satzungen zu informieren.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Generalinstandsetzung der Riehler Straße/An der Schanz, des Vogelsanger Weges, der Wilhelm-Mauser-Straße, der Nagelschmiedgasse und der Hugo-Eckener-Straße in Höhe von 1.721.473,83 € Kassenmittel und 2.500.000 € Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605 – Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke, Baulos D; Erneuerung der Fahrbahnübergangskonstruktionen am Pfeiler in Achse 43 und in Achse 10 der angrenzenden Rampe 2954/2012**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, erläutert auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey, dass durch die beabsichtigte Maßnahme „lediglich“ ein früher bestehender Zustand wieder hergestellt werde und dies zu keiner Wertsteigerung der Brücke führe; insofern sei die Maßnahme als ergebniswirksam und nicht als investiv ausgewiesen.

Zudem führt er auf Frage des RM Kirchmeyer aus, dass die Verwaltung die beiden Maßnahmen „Zoobrücke“ und „Tunnel Grenzstraße“ in der Tat aufeinander abstimmen müsse. Bei der hier in Rede stehenden werden grundsätzlich immer zwei Spuren in beiden Richtungen offen gehalten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass die Maßnahme Zoobrücke in den Sommerferien durchgeführt werde.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktionen der Zoobrücke am Pfeiler in Achse 43 und in Achse 10 der angrenzenden Rampe bei Gesamtkosten in Höhe von 920.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die benötigten Mittel in Höhe von 920.000,00 Euro wurden im Rahmen der Haushaltsplananmeldung 2013 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.10 Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015, Teilplan Straße
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben für das Kölner Stadtgebiet
3829/2012**

> Die Beschlussfassung wurde zu Sitzungsbeginn einstimmig bis zum 04.12.2012 vertagt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln
(Parkgebührenordnung)
1306/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

**5.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz, hier: Planungsbeschluss zur Nachrüstung von Aufzügen sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Auf.
2303/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Planungen zur Aufzugsnachrüstung an der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz aufzunehmen. Die Planung soll vor Beantragung der notwendigen Genehmigungen zur abschließenden Entscheidung dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 120.000,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Auf, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen, Hj. 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Planungsbeschluss für die Bahnsteiganhebung an der Haltestelle Venloer Straße / Gürtel, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-2-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel - B.anhebung
2575/2012**

Vorsitzender Waddey berichtet, dass ihm ein Schreiben des Bezirksbürgermeisters aus Ehrenfeld vorliege, demzufolge es sich bei den protokollierten Wortbeiträgen ausdrücklich nicht um Einwendungen sondern vielmehr um Anregungen für den weiteren Planungsprozess handele. Er schlage vor, diese zu berücksichtigen.

RM Tull fordert die Verwaltung erneut und nachdrücklich auf, die Genehmigungs- und auch Ausführungspläne dieser Maßnahme frühzeitig im hiesigen Ausschuss zu präsentieren.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Planungen zur Bahnsteiganhebung an der oberirdischen Stadtbahnhaltestelle Venloer Straße / Gürtel aufzunehmen. Die Planung soll vor Beantragung der notwendigen Genehmigungen zur abschließenden Entscheidung dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für Planungsleistungen in Höhe von 120.000,00 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-4-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel - B.anhebung, Teilplanzeile 8, Hj. 2012.

Die Verwaltung wird gebeten, die Anregungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld - vgl. hierzu Anlage 3 der Vorlage - im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2840/2012**

> Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**5.5 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1905/2012**

Vorsitzender Waddey informiert, dass der hier federführende Stadtentwicklungsausschuss (StEA) nach seiner Kenntnis noch Beratungsbedarf hinsichtlich des eigentlichen Planinhaltes habe und er daher vorschlage, die Vorlage ohne Votum weiter zu verweisen. Er möchte heute nicht durch eine Vorfestlegung die Überlegungen des

StEA, die keine wesentlichen verkehrlichen Belange berühren, beeinflussen. Hauptaussage des seiner Zeit vorgelegten Verkehrsgutachtens sei, dass die verkehrlichen Auswirkungen, die es in der Tat geben werde, jedoch im Zusammenhang mit anderen Planungen im Bereich des Kölner Westens gesehen werden müssen. Im Detail und intensiv werde sich der hiesige Ausschuss sicherlich noch im Rahmen des Bebauungsplanes mit der Thematik auseinandersetzen. Heute gehe es „lediglich“ um die Änderung des Flächennutzungsplanes, in dem die verkehrlichen Aussagen weitestgehend nachrichtlichen Charakter hätten.

RM Möring kann sich seitens der CDU-Fraktion diesem Vorschlag anschließen. Er betont jedoch, dass das Verkehrsgutachten eine katastrophale Verkehrssituation im Kölner Westen in Gänze und bereits zum heutigen Zeitpunkt festgestellt habe und dies alles andere als zufriedenstellend sei. Er möchte heute zwar nicht die einzelnen Knotenpunkte und deren Leistungsfähigkeit ansprechen; dennoch müsse überlegt werden, wie die Hauptabfahrt vom Güterverkehrszentrum in die Stadt hinein über die Dürener Straße ausgestaltet werden könne, d.h. sowohl der Ausbau des Knoten als auch der weiter außen liegenden Streifen. Dies sei die Mindestvoraussetzung für einen solchen Standort. Es könne zwar darauf spekuliert werden, dass der Flächenbedarf und der Umfang des Publikumsverkehrs im Laufe der Zeit geringer werde; gleichwohl bleibe dies ein entscheidendes Nadelöhr. Diese Frage müsse im Auge behalten und gelöst werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt diese Einschätzung zwar im Wesentlichen; macht jedoch darauf aufmerksam, dass auf S. 22 der Verwaltungsvorlage neun Maßnahmen insbesondere die Dürener Straße betreffend aufgelistet seien, die umgesetzt werden müssen. Auch mit den Umlandgemeinden wurde vereinbart, diese Entwicklung gemeinsam weiter zu betreiben. Er informiert zudem, dass die Umlandgemeinden den neuen Standort des Frischezentrums zwar sehr kritisch sehen, das Verkehrsgutachten jedoch nach gutachterlicher Prüfung für plausibel halten.

Auch RM Kirchmeyer möchte sich der Verweisung ohne Votum nicht verschließen, betont allerdings, dass die FDP-Fraktion den Standort nach wie vor ablehne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffungsbedarf zur Lieferung von Ersatzteilen für Parkschein- automaten 2951/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt die Notwendigkeit des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Ersatzteilen für Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im
Stadtgebiet Köln
3357/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe der Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren durchzuführen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.8 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des
Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss
für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012**

RM Tull macht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf geltend und bittet um Vertagung bis zur nächsten Sitzung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert jedoch noch, dass die Vorlage intensiv mit dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) erörtert wurde und die Diskussionspunkte den Anlagen 7, 8 und 10 der Vorlage entnommen werden können. Der abschließenden Stellungnahme des RPA – Anlage 10 – könne sich die Fachverwaltung nun in allen Punkten anschließen; er bitte dies bei den nachfolgenden Beratungen zu berücksichtigen.

> Die Beschlussfassung wird einstimmig bis zum 04.12.2012 vertagt.

**5.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
3241/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem fünften Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012**

> Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**5.11 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-
0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlun-
gen für Baumaßnahmen
3490/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Generalinstandsetzung des Ehrenfeldgürtels, der Weinsbergstraße/Piusstraße, der Peter-Grieß-Straße, der Leopold-Gmelin-Straße und der Honchaftsstraße in Höhe von 1.759.574,62 € Kassenmittel im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605 – Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Radverkehrsführung in Baustellenbereichen
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 04.09.2012, TOP 8.4
3698/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 17.09.2012 "Optimierung von Nach-
haltigkeit im ÖPNV bei der KVB" AN/1585/2012
3725/2012**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Heinrich-Böll-Platz; Kunstwerk Ma'alot
3540/2012**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Verkehrssicherheitsaktionen zum Schuljahresbeginn 2012/2013 3638/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Brücken- und Tunnelsanierung in Köln 3618/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Studentisches Wohnen in den rrh. Stadtteilen Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass einige rechtsrheinische Stadtteile von Studenten offenbar als nicht sehr attraktiv angesehen werden und sie bittet daher um Mitteilung, wie lange die durchschnittliche Fahrtzeit von Höhenberg bzw. von Ostheim zur Universität betrage.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, informiert, dass die Fahrzeit sowohl von der Fuldaer Straße als auch von Ostheim 21 Minuten betrage. Ostheim habe eine Direktverbindung im 10-Minuten-Takt; von der Fuldaer Straße aus müsse man umsteigen, hier habe man jedoch einen 5-Minuten-Takt.

8.2 Radschnellweg in Köln Anfrage des RM Tull

RM Tull äußert ihr Erstaunen über einen Presseartikel, nach dem die Stadt Köln gemeinsam mit den Umlandkommunen einen Radschnellweg anlegen möchte. Sie kritisiert, dass der hiesige Ausschuss bisher nicht informiert bzw. involviert wurde und bittet die Verwaltung um Hintergrundinformationen. Das Zeitfenster für derartige Planungen schließe sich nach ihrer Recherche bereits Ende dieses Jahres.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass das Land zum Thema „Radschnellwege“ aktuell Wettbewerbe ausgeschrieben und die Verwaltung begonnen habe, mit den Umlandkommunen diesbezüglich Kontakt aufzunehmen. Derzeit gebe es lediglich erste grobe Überlegungen, die jedoch noch nicht spruchreif seien. Sobald die Planungen konkreter werden und eine Verständigung mit den Partnerkommunen vorliege, werde die Verwaltung den hiesigen Ausschuss einbinden, ggf. in der kommenden Sitzung am 04.12..

8.3 Neue Lichtsignalanlagen auf der Subbelrather Straße Anfrage des RM Tull

RM Tull berichtet, dass in der Subbelrather Straße derzeit neue Ampelanlagen installiert werden und ein Großteil dieser Anlagen nach ihrer Beobachtung jedoch mit Anforderungstasten ausgestattet sei. Sie bittet die Verwaltung um Erklärung und erinnert an die hier bereits vielfach geführten Diskussionen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

8.4 Brücke über den Decksteiner Weiher Anfrage des SE Schmitz

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt auf Nachfrage des SE Schmitz, dass die Arbeiten einige Wochen geruht haben. Der Unternehmer habe diverse Unterlagen, die für die Einhausung erforderlich waren, nicht fristgerecht vorgelegt. Aktuell könne nun weiter gearbeitet werden; die Verwaltung werde dies intensiv beobachten und kontrollieren. Der Unternehmer wurde zwischenzeitlich auch aufgefordert, einen aktuellen Zeitplan mit Beschleunigungsmaßnahmen einzureichen. Er sagt zu, diesen dem hiesigen Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

8.5 Berliner Straße/Im Weidenbruch Anfrage des SE Czernik

SE Czernik macht darauf aufmerksam, dass die Baustellenampel nach wie vor für gefährliche Situationen zwischen den Bahnen der KVB und dem Pkw-Verkehr Sorge; er bitte um Mitteilung, wann diese Ampel nun abgebaut werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, den Missstand an den zuständigen Landesbetrieb Straßenbau weiterzuleiten und eine schriftliche Stellungnahme nachzureichen.

8.6 Berliner Straße - Linksabbieger in die Cottbuser Straße Anfrage des SE Czernik

SE Czernik berichtet, dass auf der Berliner Straße das Linksabbiegen in die Cottbuser Straße unterbunden wurde. Leider würden sich die meisten Verkehrsteilnehmer nicht an diese Regelung halten. Er schlage daher vor, beispielsweise einen Papppolizist als Hinweis auf die geänderte Verkehrsführung aufzustellen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, die Situation zu überprüfen und die Anregung aufzugreifen.

8.7 Linksabbiegeschleife Subbelrather Straße Richtung Liebigstraße Anfrage des SE Preckel

SE Preckel bittet um Mitteilung, wann die Sperrung des Linksabbiegers aufgehoben werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

8.8 Umgehungsstraße Meschenich Anfrage des RM Möring

RM Möring berichtet bezüglich der Umgehungsstraße Meschenich, dass aktuell eine 4. Variante der Linienführung, die bereits in der frühen Planung verworfen wurde, nun wieder auf dem Prüfstand stehe. Es handele sich hier um die Führung um den Orts-

kern herum, zurück auf die alte B51 und über eine eigene Auffahrt auf die Autobahn. Diese Variante wurde seiner Zeit wegen des sehr hohen Eingriffs in den Grüngürtel und der sehr hohen Kosten verworfen. Er fragt nach, ob und welches Interesse die Stadt an dieser Linienführung habe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass das Land diese Variante derzeit erneut überprüfe. Die Verwaltung sei nur Beteiligte und betreibe dieses Verfahren nicht.

RM Möring nimmt diese Aussage zur Kenntnis, bittet allerdings in diesem Zusammenhang um Mitteilung, ob es für den Lkw-Verkehr auf der L150 konkrete und aktuelle Richtungszählungen gebe.

Herr Harzendorf sagt eine Prüfung zu.

8.9 Abpollerungen unter AB-Brücke Rodenkirchen Anfrage des SB Möller

SB Möller berichtet von einem "Gesamtkunstwerk" an der Verbindungsstraße zwischen Rodenkirchen und Rondorf kurz vor dem Ortseingang Rondorf, unter der Autobahnbrücke. Hier seien ungewöhnlich viele Poller in einem viel zu engen Abstand errichtet worden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass die Maßnahme im Nachgang zu Kanalbauarbeiten der StEB von der hiesigen Verwaltung durchgeführt wurde. Der Bereich sei sehr häufig sehr unübersichtlich zugeparkt gewesen. Eine kurze schriftliche Stellungnahme zu den extremen Abständen werde er jedoch nachreichen.

8.10 Plattenschäden am Quatermarkt Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer fragt nach, warum eine Teilfläche des Quatermarktes abgesperrt sei bzw. ob die augenscheinlich erforderlichen Reparaturen bis zur Adventszeit behoben sein werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt, dass die Fläche aus Verkehrssicherheitsgründen gesperrt werden musste; die Plattenschäden würden kurzfristig behoben werden.

8.11 Erinnerung des RM Kirchmeyer P+R-Anlage Weiden

RM Kirchmeyer erinnert an ihre schriftliche Anfrage aus der vergangenen Sitzung.

8.12 Auswirkungen der Haushaltssperre Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

Ausschussvorsitzender Waddey fragt nach, welche Auswirkungen die seit kurzem geltende Haushaltssperre auf die Teilfinanzpläne 1201 und 1202 habe, d.h. welche Maßnahmen im konsumtiven Bereich nicht umgesetzt werden können, welche Sach- und Dienstleistungen eingespart werden müssen und was getan werde, um die geforderten 10 % Einsparungen zu erreichen.

Er bittet um eine schriftliche Stellungnahme zur nächsten Sitzung am 04.12.2012.

gez.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

gez.

Angela Krause
(Schriftführerin)